

Politik, Demokratie und Humanismus

Grundsätzliche Gedanken anlässlich der Bundestagswahl

Am 24. September finden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt und am 15. Oktober 2017, wird der Niedersächsische Landtag neu gewählt.

Der politische Diskurs, besonders in der virtuellen Welt sozialer Netzwerke und „Filterblasen“, hat sich zunehmend polarisiert. Populistisch-autoritäre Bewegungen und Figuren gewinnen in Europa und Amerika an Aufmerksamkeit, teilweise sogar Regierungsverantwortung. Zuvor als selbstverständlich erachtete Institutionen, Vereinbarungen und Bündnisse werden radikal in Frage gestellt. Großbritannien verlässt die EU. Gleichzeitig tobt vor Europas Haustür ein Krieg des politischen Islam, der seine terroristischen Vorboten bis ins Herz Europas und Amerikas schickt und Millionen von Menschen in die Flucht treibt. Auch hier ist Europa, „der Westen“, gefordert.

Sollte unsere Gesellschaft Kompromisse machen und seine lang erkämpften Werte von Demokratie und Grundrechten einschränken zugunsten eines „starken Staates“? Welche Werte sind dies überhaupt – und was hat das alles mit Humanismus zu tun?

Was bedeutet Humanismus in diesem Zusammenhang?

Humanismus ist eine Weltanschauung, die den Menschen und die Menschenwürde eines jeden Individuums in den Mittelpunkt stellt.

Für Humanistinnen und Humanisten bedürfen Moral und Ethik einer rationalen, allgemein nachvollziehbaren und der Kritik zugänglichen Begründung. Sie orientieren sich an den realen Auswirkungen ihres Handelns und behalten das Wohl aller im Blick. Gleiches gilt für staatliches Handeln, wie beispielsweise die Gesetzgebung, also die Aufstellung allgemeinverbindlicher Regeln des Zusammenlebens.

Für den Humanismus sind die Werte der Aufklärung wie Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität und nicht zuletzt des Vernunftgebrauchs maßgeblich.

Doch wie regelt eine Gesellschaft ihre Herrschaftsverhältnisse und das Zusammenleben ihrer Bürger? Wie wird die Verteilung von Werten geregelt, sowohl materieller als auch ideeller Art? Wann immer sich Menschen mit diesen Problemen beschäftigen, beschäftigen sie sich mit Politik.

Im Gegensatz zu religiösen Regeln und Vorschriften, die von einer höheren Macht aufgestellt worden sind – so sollten es zumindest die Gläubigen der jeweiligen Gemeinschaft sehen – sind politische Regeln von Menschen gemacht und können daher auch von Menschen wieder verändert oder abgeschafft werden.

In Art. 20 Abs. 2 GG steht: *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“*

Als Demokratie werden Herrschaftsformen und Gesellschaften bezeichnet, in denen die Macht vom Volk ausgeht.

In der Zeit der Aufklärung wurden mit der Gewaltenteilung, Bürger- und Menschenrechtserklärungen, der französischen und US-amerikanischen Verfassungen demokratische Modelle und Ideen entwickelt und verfeinert, die heute selbstverständlicher Bestandteil moderner, demokratisch verfasster Staaten sind. Politik wird zur Angelegenheit des ganzen Volkes.

Moderne Demokratien zeichnen sich aus durch freie Wahlen, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Minderheitenschutz, politische Opposition sowie Grund-, Bürger- und Menschenrechte. Nicht zuletzt um eine informierte politische Willensbildung zu gewährleisten, sind Meinungs- und Pressefreiheit von grundlegender Bedeutung.

Humanistinnen und Humanisten wollen mit ihrer nichtreligiösen Haltung, ihrer Weltanschauung, politisch ernst genommen werden. Denn: Menschen, die keiner Konfession angehören und keinen Glauben an das Übernatürliche pflegen, sind nicht „nichts“!

Der eigentliche Grund vieler Humanistinnen und Humanisten, sich politisch zu engagieren, ist jedoch allgemeinerer Art. Sie setzen sich für ihre Werte ein! Wenn man die Verteilung und Stellung bestimmter, auch immaterieller Werte in einer Gesellschaft beeinflussen will, ist das Politik.

Sich nachhaltig für eine (gute und richtige) Sache einzusetzen, die den eigenen, engen Interessenhorizont übersteigt, ist eine selbstgewählte Sinn-Quelle und ein wichtiger Baustein für ein erfülltes Leben.

Was sind nun die Werte, um die es den politisch engagierten Humanistinnen und Humanisten geht?

Werte sind das, was Menschen für wertvoll und erstrebenswert halten. In unserem Zusammenhang sind damit als gut befundene Ideen, Ideale und Handlungsmuster gemeint oder auch individuelle Charaktereigenschaften. Es sind Ideen, an denen Menschen ihre Handlungen ausrichten, die diese regulieren.

Was ist **mir** wichtig? Individuell als wertvoll erachtete Eigenschaften können sein: intellektuelle Redlichkeit und Aufrichtigkeit, Hilfsbereitschaft, Loyalität, Leben, Gesundheit, Wohlstand.

Was ist **uns** wichtig? Die wichtigsten kollektiv geteilten Werte finden meist in Verfassungen, grundlegenden Gesetzen und internationalen Vereinbarungen ihren Niederschlag. Besonders prominente Dokumente kollektiver Werte, die unsere Gesellschaft prägen, sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das

Grundgesetz sowie ihnen vorausgehend die Verfassungen Frankreichs und der USA, um nur einige Beispiele zu nennen.

Aus humanistischer Sicht sind Werte nicht gesetzt oder absolut, sondern sie werden durch Handlungen und Verhandlungen geschaffen, weitergegeben, verbreitet, verändert oder abgeschafft. Das passiert im Kleinen, beispielsweise in Familien, als auch im Großen, wie in der Politik.

Werte existieren darüber hinaus immer im Plural. Das bedeutet, dass es immer mehrere Werte gibt, die meistens zueinander im Konflikt stehen und daher ständig gegeneinander abgewogen werden müssen. Als Beispiel sollen die Werte des Leitspruchs der Französischen Revolution dienen: „Liberté, égalité, fraternité“ – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (heute würde man sagen: Solidarität). Zwischen der Freiheit und Gleichheit besteht offensichtlich ein Konflikt. Wenn alle Menschen gleich sind, hat niemand die Freiheit, etwas Anderes aus sich zu machen. Die Brüderlichkeit als dritter Leitwert deutet auf eine Lösung, einen möglichen Ausgleich hin: die Solidarität der Starken mit den Schwachen.

In stark religiös geprägten oder autoritären Gesellschaften gibt es in diesem Sinne keine Werte, sondern nur noch Prinzipien, die durch Dogmen und Autoritäten begründet und durchgesetzt werden.

Obwohl der Humanismus keine absoluten, „letzten“ Werte kennt, so ist er sehr wohl mit einigen Werten eng verbunden, sodass man diese Werte getrost als humanistische Werte bezeichnen kann. Man könnte sogar so weit gehen, dass die Summe dieser Werte den normativen Kern des Humanismus ausmacht. Da wären:

1. Humanitas, Menschlichkeit

Der Mensch und seine Würde stehen im Mittelpunkt. Dies ist die deutliche Abkehr vom theozentrischen Weltbild, in dem Gott im Mittelpunkt steht, und der Ursprung der Idee der Menschenwürde und der Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechte.

2. Rationalität, Vernunft

Aussagen über die Welt sollen anhand von Argumenten und empirischen Befunden beurteilt werden und nicht anhand der Autorität ihres Autors. Ähnliches gilt zur Nachvollziehbarkeit ethischer Begründung von Regeln und Gesetzen, dem Aushandeln von Werten und Normen. Damit verwandt sind die Werte eines freien Austauschs von Ideen und die Wissenschaftsfreiheit.

3. Säkularität: Trennung von Staat und Kirche, Politik und Religion

Dieser Wert folgt aus den beiden vorherigen Werten und ist für eine echte Demokratie, in der die Macht vom Volke ausgeht, unabdingbar. Regeln und Gesetze sollen für alle nachvollziehbar begründet werden können, ohne Berufung auf religiöse Vorschriften. Der Einfluss religiöser Institutionen auf die Politik muss begrenzt werden, damit religiöse Moralvorstellungen nicht die Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechte aller einschränken.

Beispiele weiterer wesentlicher humanistischer Werte sind Freiheit, Gleichberechtigung, Solidarität, Demokratie, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung auch am Lebensende und in der Sexualität und nicht zuletzt Religionsfreiheit als natürlich auch Güte, Fürsorge und ja – auch Barmherzigkeit!

Diese Aufzählung humanistischer Werte legt intuitiv nahe, was auch historisch der Fall war: Die Durchsetzung dieser Werte und am Ende auch der Menschenrechte steht in Konflikt mit dem Wesen der Religionen und musste gegen ihren Widerstand durchgesetzt werden. Dankenswerter Weise haben sich die Kirchen in Deutschland die Menschenrechte inzwischen zu eigen gemacht und argumentieren, dass diese christliche Wurzeln hätten. Doch zur offiziellen Anerkennung durch den Vatikan hat es bis heute nicht gereicht.

Wenn Abgeordnete die Trennung von Religion und Politik einfordern und sich gleichzeitig zu ihrer nichtreligiösen, humanistischen Haltung bekennen, ist das nicht ein Widerspruch? Die kurze Antwort lautet: Nein, es ist kein Widerspruch.

Im Gegenteil – Abgeordnete aller demokratischen Parteien, die ihre Werthaltungen und Ansichten nicht aus religiösen Traditionen heraus begründen, sollten dazu stehen. Religiös orientierte Politiker machen es auch. Mit CDU und CSU verweisen zwei Parteien mit regelmäßiger Regierungsbeteiligung schon in ihrem Namen auf das Christentum und berufen sich auf die von ihnen verstandenen christlichen Werte.

Entscheidend ist vielmehr, dass Gesetze und staatliches Handeln allgemein nachvollziehbar begründet werden müssen, ohne Berufung auf nicht hintergehbare religiöse Vorschriften. Ein solches, negatives Beispiel ist das Gesetz zum Verbot der Suizidbeihilfe:

Humanistinnen und Humanisten betonen, dass in einer liberalen und säkularen Gesellschaft der Staat nicht in eigenverantwortliche Entscheidungen eines Menschen eingreifen darf, auch nicht, wann und wie er sein Leben beendet.

Eine Bevölkerung, die zu einem Drittel aus konfessionsfreien, größtenteils nichtreligiösen Bürgern besteht, kann nicht durch Parlamente repräsentiert werden, in denen nur meist religiöse, Abgeordnete ihre weltanschauliche Haltung offensiv einsetzen. Erst wenn es auch in den Parlamenten ankommt, dass ein Großteil der Bevölkerung nicht bereit ist, sich religiösen Glaubensvorstellungen zu unterwerfen – was übrigens auch für viele formale Kirchenmitglieder zutrifft – wird eine wirklich säkulare Politik möglich.

Was sollen wir also tun?

Heute sind humanistische Werte wie Demokratie und Menschenrechte in unserer Gesellschaft nahezu von allen anerkannt. Das Bemühen der Religionsvertreter, diese Werte aus ihren eigenen Traditionen heraus zu begründen, unterstreicht dies nur. Die Grundlagen unserer offenen Gesellschaft werden geradezu als selbstverständlich hingenommen. Sie sind es aber nicht und müssen bewahrt, verteidigt und ständig verbessert werden.

Das gilt auch und gerade für die demokratischen Institutionen, die ganz konkret für das Funktionieren der ansonsten abstrakten Ideen von Demokratie, Teilhabe, freier Meinungsäußerung, internationalen Beziehungen und friedlichem Austausch nötig sind.

Eine kritische Auseinandersetzung, beispielweise mit einer überbürokratischen EU, ist dafür dringend notwendig. Doch ein grundsätzlicher, radikaler Bruch mit allen Strukturen und Institutionen, die in den letzten Jahrzehnten trotz aller Fehlerhaftigkeit ein relativ friedliches Miteinander ermöglicht haben, und der Rückzug ins Nationale, erscheinen nicht mit den Werten vereinbar, die doch eigentlich von nahezu allen geteilt zu werden scheinen.

Doch nicht nur von rechtspopulistischen, nationalen Ideen und Bewegungen wird unsere demokratische, offene Gesellschaft bedroht. Auch religiöser Fundamentalismus birgt Gefahren. Das zeigt der politische Islam, Islamismus genannt, nicht zuletzt durch die islamistisch inspirierten Terrorakte des IS und anderer Bewegungen.

Wann immer radikale oder einfache Lösungen komplexer Probleme versprochen werden, denen Pluralität, individuelle Freiheiten und Rechte geopfert werden müssen, ist höchste Vorsicht angezeigt. Egal, ob die paradiesischen Verhältnisse im eigenen Land, auf Erden oder im Jenseits versprochen werden.

Aus dieser globalen Perspektive betrachtet, sind die unterschiedlichen parteipolitischen Betonungen unterschiedlicher Werte, wie bspw. Freiheit, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, und die daraus bevorzugten Problemlösungen zweitrangig. Dies sind Details, die im freien und fairen Wettbewerb der Ideen ausgehandelt werden können und müssen.

Um dies weiter tun zu können, müssen alle demokratisch eingestellten Menschen dafür kämpfen, dass wir keinen Schritt zurück in eine autoritäre Gesellschaft machen, sondern gemeinsam an einer schrittweisen Verbesserung unserer arbeiten. Und zwar gemeinsam, über Parteigrenzen hinweg – und auch über die Grenzen von Weltanschauung und Religionen.

Sir Karl Raimund Popper, Autor des Doppelbandes „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ sagte dazu:

„Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle.“